

# FÜR EIN KLIMA DER MENSCHENFREUNDLICHKEIT



FÜR EIN KLIMA DER  
MENSCHENFREUNDLICHKEIT

## Für ein Klima der Menschenfreundlichkeit

### Wir fordern einen Perspektivwechsel! — 5

- 1 Ehrenamtliches Engagement ermöglichen – staatliche Aufgaben gewährleisten — 6
- 2 Keine Ungleichbehandlung aufgrund von Herkunft — 7
- 3 Vergleichbare Asylverfahren — 9
- 4 Keine Ankunfts- und Rückführungseinrichtungen (ARE) bzw. Transitzentren — 10
- 5 Europäische Asylpolitik auf Basis der Menschenrechte — 11
- 6 Jedes Kind hat ein Recht auf Kindheit — 13
- 7 Jeder Mensch hat das Recht auf Familie — 14
- 8 Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung — 15
- 9 Jeder Mensch hat das Recht auf Ausbildung und Arbeit — 16
- 10 Jeder Mensch hat das Recht auf ein gesundes Leben — 18
- 11 Jugendhilfe muss bedarfsorientiert sein — 19
- 12 Jugendarbeit – Räume schaffen und gestalten — 20
- 13 Willkommen in Verantwortung — 21

## For more philanthropy in migration policies

### We demand a change in perspective! — 23

- 1 Make voluntary work possible – strengthen government responsibility — 24
- 2 No discrimination based on origin — 25
- 3 Comparable asylum procedures — 27
- 4 No arrival and return facilities (ARE) or transit centres — 28
- 5 European asylum policy based on human rights — 29
- 6 Every child is entitled to a childhood — 31
- 7 Every person has a right to family — 32
- 8 Every person has a right to education — 33
- 9 Every person has the right to vocational training and work — 34
- 10 Everyone has a right to a healthy life — 36
- 11 Youth welfare must be needs-oriented — 37
- 12 Youth work – creating and designing spaces — 38
- 13 Welcome to responsibility — 39

## Wir fordern einen Perspektivwechsel!

Die bayerische Jugendarbeit beschäftigt sich nicht erst seit dem Jahr 2014 intensiv mit dem Thema Flucht und setzt sich für die gesellschaftliche Teilhabe von jungen Geflüchteten ein.

Wir haben sowohl in vielen Projekten, in unserer Vereins- und Verbandsarbeit, in der offenen Jugendarbeit als auch während Hilfsaktionen in Aufnahmezentren oder im alltäglichen Kontakt mit jungen Geflüchteten einen vielfältigen Erfahrungsschatz gesammelt und setzen uns, wie für alle jungen Menschen, für deren Belange ein. Junge Geflüchtete sind ganz selbstverständlich Akteure in der bayerischen Jugendarbeit.

Die von uns erlebte Realität steht im starken Widerspruch zum öffentlichen und politischen Diskurs über Flucht und Asyl. Deshalb fordern wir von Politik und Gesellschaft einen Perspektivwechsel.

Wir wollen nicht mehr von Problemen sprechen, sondern von Herausforderungen, die es zu meistern gilt, und von Chancen, die wir gestalten können. Wir wollen keine Debatten mehr darüber, ob wir uns eine vielfältige Gesellschaft leisten können. Sie ist Realität und muss als solche anerkannt werden. Deutschland und damit auch Bayern ist und war schon längst ein Einwanderungsland, in dem es gilt, die Migrationsgesellschaft für alle gerecht zu gestalten.

Worte schaffen Wirklichkeiten. Deshalb wollen wir, dass die Worte genutzt werden, die die Wirklichkeit schaffen, in der wir leben wollen. Und die Mut machen, diese auch zu gestalten. Solange Politik weiterhin Sprachbilder produziert, die von negativen Stereotypen und Ausgrenzung geprägt sind und diese Haltung in Gesetze gießt, hat Gesellschaft keine Chance, anders zu sprechen. Wir wollen aber eine Politik, die souverän ist und Vertrauen schafft. Eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt rückt, und die nicht ausschließlich von Defiziten, Problemen und Abgrenzung spricht.

Eine vielfältige Gesellschaft ist komplex. Das bedeutet vielfältige Herausforderungen und Fragestellungen. Diese Herausforderungen brauchen Antworten, komplexe Antworten, denn ansonsten wird man den Fragen nicht gerecht. Gerade in den letzten Jahren mit hoher Zuwanderung von Geflüchteten sind Veränderungsprozesse in Gang gekommen, die zunächst viele Menschen verunsichern. Hier hat Politik Verantwortung und eine Steuerungsfunktion.

Wir brauchen Möglichkeiten, damit sich alle Gesellschaftsmitglieder angesprochen fühlen und Gesellschaft in ihrem Sinne mitgestalten. Gesellschaft ist hier im Sinne der Bevölkerung des Landes gemeint, meint also nicht nur Bewohner\_innen mit deutscher Staatsbürgerschaft.

Es geht um unsere Demokratie. Wir fordern eine Politik, die ein Wertesystem vertritt, das Gemeinschaft schafft und nicht ausgrenzt.

Jede gesellschaftliche Instanz muss sich an ihrem Umgang mit den schwächsten Gruppenmitgliedern messen lassen. Deshalb ist der Umgang mit Geflüchteten ein so wesentlicher Ausdruck für den Zustand unserer Demokratie.

# 1 Ehrenamtliches Engagement ermöglichen – staatliche Aufgaben gewährleisten

Wir stellen fest: Politik und Zivilgesellschaft müssen zusammenarbeiten im Sinne einer offenen inklusiven Gesellschaft. Gerade in der ehrenamtlichen Arbeit mit Geflüchteten wurden hier oftmals Belastungsgrenzen überschritten.

## Wir fordern einen Perspektivwechsel!

- Wir fordern die Anerkennung, dass gesellschaftliche Veränderungsprozesse Zeit brauchen ebenso wie eine professionelle, langfristige Begleitung und eine entsprechende finanzielle Ausstattung. Wir fordern bedarfsdeckende Personalressourcen sowohl in der Begleitung des bürgerschaftlichen Engagements als auch in der Unterstützung der Geflüchteten.
- Wir fordern eine entsprechende finanzielle Ausstattung der Unterstützungsstrukturen.
- Wir fordern eine zukunftsorientierte Politik, denn die staatliche Aufgabe endet nicht in dem Moment, in dem die vermeintliche Herausforderung nicht mehr quantitativ nachzuweisen ist.
- Wir betonen: Ehrenamtliches Engagement soll lediglich staatliche Aufgaben ergänzen, darf diese aber nicht übernehmen müssen.
- Wir fordern von Politiker\_innen das Verwenden von positiven Sprachbildern. Es muss mehr von einem „wir“ gesprochen werden, das die Gesamtgesellschaft und nicht nur eine partikuläre Wählergruppe meint. Hier heißt es, Haltung zeigen für eine Gesellschaft, die Vielfalt anerkennt und nicht Haltung gegen etwas, was längst Realität ist.
- Wir fordern eine Veränderung der medialen Berichterstattung. Es braucht mehr sachorientierte Berichte, weniger Panikmache. Auch hier gilt: von positiven Ereignissen berichten.

# 2 Keine Ungleichbehandlung aufgrund von Herkunft

Mit großer Sorge beobachten wir, dass Menschen aufgrund ihrer Herkunft andere Voraussetzungen im Zugang zu Asyl, Aufenthalt und Leben in Deutschland haben. Aufgrund ihrer Herkunft werden schutzsuchende Menschen momentan in solche mit „guter Bleibeperspektive“ und Personen mit sog. „schlechter Bleibeperspektive“ eingeteilt. Bei Asylantragsteller\_innen aus sog. sicheren Herkunftsstaaten gilt die sog. „Regelvermutung“, dass sie keinen Anspruch auf Asyl haben, da der Herkunftsstaat ausreichend Schutz vor politischer Verfolgung bietet.

Hier wird deutlich, wie Worte Wirklichkeit schaffen. Denn aufgrund solcher Einteilungen findet Ungleichbehandlung statt: Während des Asylverfahrens gilt mit der Regelvermutung, dass Asylsuchende aus sicheren Herkunftsstaaten beweisen müssen, dass sie in ihrem Land sehr wohl politisch verfolgt wurden oder die Unversehrtheit ihres Lebens in Frage gestellt wurde. Demgegenüber steht die staatliche Einschätzung, dass genau dies nicht der Fall ist. Hinzu kommen Aufenthalt in der Aufnahmeeinrichtung bis zum Ende des Verfahrens, ggf. bis zur Ausreise, Residenzpflicht und Arbeitsverbot, zudem kürzere Klagefristen und keine aufschiebende Wirkung von Klagen. Sollte trotz negativ beschiedenem Asylantrags die Ausreise ausgesetzt, also eine Duldung erteilt werden, sind die betroffenen Personen weiter schlechter gestellt. Weiterhin gilt das Arbeitsverbot, der Zugang zu Integrationskursen bleibt ihnen verwehrt, auch im Bundesfreiwilligendienst dürfen sie sich nicht engagieren. Trotzdem können diese Personen auf längere Frist in Deutschland bleiben. Wie z.B. im jugendpolitischen Zwischenruf des Landesjugendhilfeausschusses dargestellt, führt dies zu vielfältigen Problemen. Der BJR warnt ausdrücklich davor, die Liste an sicheren Herkunftsstaaten auszuweiten. Ein besonderes Augenmerk ist auf Afghanistan zu lenken. Es gibt keine Regelung über Afghanistan als „sicheres Herkunftsland“, aber politisch wird von „sicheren Landesteilen“ gesprochen und so der Druck erhöht, Geflüchtete tatsächlich abzuschieben, trotz einer sich stets verschlechternden Sicherheitslage. Die bayerische Jugendarbeit hat sich hierzu klar positioniert. Das Ausweiten dieses Diskurses auf weitere Länder, wie jüngst etwa mit Syrien geschehen, muss unterbleiben.

Diese vornehmlich jungen Menschen werden hier vor Perspektivlosigkeit gestellt und mit Ungleichbehandlungen konfrontiert, die aus unserer Sicht nicht vertretbar sind.

## Wir fordern einen Perspektivwechsel!

- Wir fordern, dass die Verwendung der Begriffe „gute Bleibeperspektive“ und „schlechte Bleibeperspektive“ aufgegeben wird.
- Wir fordern, die Einstufung von Ländern als „sichere Herkunftsstaaten“ aufzugeben.
- Wir fordern, dass der Begriff „Obergrenze“ nicht mehr im Zusammenhang mit geflüchteten Menschen verwendet wird.
- Wir fordern eine Rücknahme der Wohnsitzauflage.

### Asylantragstellung bei Personen aus sog. „sicheren Herkunftsstaaten“<sup>1</sup>

Als sichere Herkunftsstaaten gelten derzeit: die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ghana, Kosovo, Mazedonien, ehemalige jugoslawische Republik, Montenegro, Senegal, Serbien. Dies steht im Widerspruch zum Asylrecht als Individualrecht. Diese Personengruppe wird zudem strukturell benachteiligt, da sie verpflichtet ist, im jeweiligen Aufnahmezentrum bis zum Ende des Asylverfahrens, im Falle des negativen Ausgangs des Verfahrens bis zur Ausreise, wohnen zu bleiben. Darüber hinaus erlischt die Residenzpflicht nicht, wie bei anderen Asylsuchenden, nach einem gewissen Zeitraum. In Bayern besteht zudem die Möglichkeit, in gesonderten Ankunfts- und Rückführungszentren (ARE) oder seit 2017 auch Transitzentren untergebracht zu werden. Im Klageverfahren gelten für Personen aus sicheren Herkunftsländern kürzere Fristen, da die Anträge als „offensichtlich unbegründet“ zumeist abgelehnt werden.

Gemäß Artikel 37 Absatz 3 der EU-Asylverfahrensrichtlinie sind bei der Beurteilung der Frage, ob ein Staat als sicherer Herkunftsstaat gemäß diesem Artikel bestimmt werden kann, verschiedene Informationsquellen, insbesondere Informationen anderer Mitgliedstaaten, des EASO<sup>2</sup>, des UNHCR<sup>3</sup>, des Europarates und anderer einschlägiger internationaler Organisationen, heranzuziehen.

### Bleibeperspektive

Dieser ursprünglich insbesondere vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verwendete Begriff basiert auf der sog. Schutzquote. Personen, die aus Herkunftsländern stammen, deren Schutzquote (positive Entscheidungen im Asylverfahren) über 50 Prozent liegt, haben eine sog. „gute Bleibeperspektive“. Bei Herkunftsländern mit einer Schutzquote von unter 50 Prozent wird den jeweiligen Personen eine sog. „schlechte Bleibeperspektive“ zugesprochen. Eine sog. „gute Bleibeperspektive“ haben derzeit Geflüchtete aus Eritrea, Iran, Irak, Somalia und Syrien (diese Liste wird halbjährlich überarbeitet). Ähnlich wie bei der Einschätzung von bestimmten Ländern als „sichere Herkunftsstaaten“ wird hier die Herkunft als ausschlaggebendes Kriterium angesehen, die aber im Asylverfahren lediglich eine Entscheidungsdimension ist. Zudem suggeriert die Verwendung dieser Begriffe, dass Personen mit sog. „schlechter Bleibeperspektive“ nur für eine kurze Zeit in Deutschland sein werden.

## 3 Vergleichbare Asylverfahren

Je nach Herkunftsland, Aufenthaltsstatus und auch Kommune, in der Geflüchtete untergebracht werden, ergeben sich unterschiedliche Zugangsbarrieren für Geflüchtete. Junge Menschen mit gleicher Fluchterfahrung können ganz unterschiedliche Ergebnisse im Asylverfahren haben. Diese Ungleichbehandlung wird insbesondere dann augenfällig, wenn Familienmitglieder, die aus genau den gleichen Fluchtgründen nach Deutschland gekommen sind, mit unterschiedlichen Entscheidungen im Asylverfahren konfrontiert werden.

Besonders auffällig, dass gleiches Recht verschiedene Auslegungen ermöglicht, wird es, wenn man den Schutzstatus nach Bundesländern (bei gleichen Herkunftsländern) aufschlüsselt. Das BAMF als Bundesbehörde muss gewährleisten, dass Asylverfahren überall in der Bundesrepublik vergleichbar sind. Bayern weist im bundesdeutschen Vergleich geringere Schutzquoten auf. Dies führt inzwischen zu immer mehr Klagen bei negativ beschiedenen Asylgesuchen, denen in vielen Fällen auch Recht gegeben wird.<sup>4</sup>

### Wir fordern einen Perspektivwechsel!

- Wir fordern die Gleichbehandlung aller Geflüchteten. Nach ihrer Anerkennung dürfen sie nicht anders behandelt werden als andere (ausländische) Bürger\_innen.
- Wir fordern Verlässlichkeit und Nachvollziehbarkeit in der Umsetzung des Asylrechts.
- Wir fordern gerechte und vergleichbare Asylverfahren unabhängig vom Ort des Asylverfahrens.

- Die Gesetzesgrundlage bietet den Entscheider\_innen im Asylverfahren einen Ermessensspielraum, den es auch in Bezug auf Einzelfallentscheidungen braucht. Um diesen aber sinnvoll anwenden zu können, braucht es entsprechend geschulte Mitarbeiter\_innen. Wir fordern gute Rahmenbedingungen für das BAMF mit ausreichend qualifiziertem und unbefristetem Personal, sodass es unabhängig arbeiten kann, um das Grundrecht auf Asyl entsprechend umzusetzen.
- Wir fordern zudem die interkulturelle Sensibilisierung der Entscheider\_innen sowie Fortbildungen in Bezug auf Traumata.
- Um Entscheidungen im Asylverfahren vergleichbar zu gestalten, fordern wir den Einsatz von zwei Entscheider\_innen im Asylverfahren.
- Des Weiteren fordern wir eine unabhängige Anhörbegleitung für Geflüchtete, die die Vorbereitung auf die Anhörung übernimmt und bei der Anhörung dabei ist.
- Gerade beim Thema Abschiebungen ist Menschenfreundlichkeit besonders wichtig. Wenn Abschiebungen auf rechtsstaatlicher Grundlage durchgeführt werden, dann unter Wahrung der Menschenrechte. Eine Abschiebung muss unter Achtung der Würde der/des Einzelnen stattfinden. Dazu gehört etwa, dass die Abschiebung angekündigt wird und der/dem Betroffenen eine wirkliche Chance zur Vorbereitung gegeben wird. Ebenso muss es die Möglichkeit zum Abschied geben. Eine Retraumatisierung aufgrund von unangekündigter, gewaltsamer Abschiebung muss verhindert werden. Eine Abschiebung muss in Begleitung stattfinden und darf nicht mit Ankunft am Zielflughafen enden. Insgesamt müssen Konzepte entwickelt werden, die eine wirkliche freiwillige Rückkehr mit Perspektive ermöglichen. Diese Veränderungen in der Abschiebepaxis fordern wir ein.

<sup>1</sup> In diesem Text werden an verschiedenen Stellen zur Verdeutlichung und Einordnung Infokästen verwendet. Diese haben ausschließlich erklärenden Charakter und sind nicht teil des Beschlusstextes.

<sup>2</sup> EASO steht für European Asylum Support Office, [www.easo.europa.eu](http://www.easo.europa.eu)

<sup>3</sup> UNHCR steht für United Nations High Commissioner of Refugees (Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen), UNHCR ist das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen.

<sup>4</sup> Im Jahr 2017 hat sich die Zahl der Klageverfahren im Vergleich zum Vergleichszeitraum im Vorjahr verfünffacht, etwa 40 Prozent der Bescheide im Asylverfahren führten zu einer Klage. Derzeit bekommt dabei ca. jede/r vierte. Kläger\_inRecht zugesprochen. Vgl. <https://mediendienst-integration.de/artikel/Zahl-der-Asylklagen-deutlich-gestiegen-verwaltungsgerichte.html>

## 4 Keine Ankunfts- und Rückführungseinrichtungen (ARE) bzw. Transitzentren

Der Aufenthalt in den Ankunfts- und Rückführungseinrichtungen (ARE) bzw. Transitzentren ist für die Dauer des Asylverfahrens verpflichtend, in dem Gedanken, dass es sich hierbei um wenige Wochen handelt. In der Praxis hat sich allerdings gezeigt, dass sich der Aufenthalt über Monate hinziehen kann. Zudem haben die Bewohner\_innen der ARE und Transitzentren eine Residenzpflicht und dürfen keine Arbeit aufnehmen. Außerdem werden hier für Kinder und Jugendliche die Kinderrechtskonvention und die Schulpflicht ausgehebelt. In den ARE sind die Standards insgesamt niedriger und die Zugänge für zivilgesellschaftliche Akteure zum großen Teil versperrt, sodass z.B. ehrenamtliche Freizeitangebote nicht wahrgenommen werden können. Darüber hinaus führt die Unterbringung an einem solchen Ort auch zu einer Ausgrenzung.

### Wir fordern einen Perspektivwechsel!

- Wir fordern die Abschaffung von Ankunfts- und Rückführungszentren bzw. Transitzentren.
- Wir fordern die gleichen Standards für alle Asylsuchenden, unabhängig von der Unterbringungsform. Das Recht auf Bildung und Freizeit muss gewährleistet sein, ebenso die sozialpädagogische Betreuung und der Zugang zu unabhängiger Beratung.
- Darüber hinaus fordern wir eine Entwicklung von Gegenkonzepten. Für uns bedeutet dies u.a.
  - möglichst kurzer Aufenthalt in großen Aufnahmezentren und eine schnelle Umverteilung in kleine Unterkünfte
  - möglichst dezentrale Unterbringung
  - private Wohnsitznahme bereits im Asylverfahren ermöglichen
  - keine Residenzpflicht
  - Geldleistungen statt Sachleistungen
  - verbindliche Mindeststandards für die Unterkünfte insbesondere unter Beachtung der Kinderrechtskonvention, das heißt u.a. ausreichend Räume für Freizeitgestaltung, zum Lernen und Spielen, genügend Rückzugsmöglichkeiten, ausreichend getrennte und abschließbare Waschräume usw.

- Beibehaltung von getrennten Unterkünften für unbegleitete minderjährige Geflüchtete
- Wir fordern den Zugang zu ARE und Transitzentren bis zu ihrer Abschaffung für zivilgesellschaftliche Akteure und insbesondere für die Jugendarbeit.

#### Ankunfts- und Rückführungseinrichtungen (ARE) bzw. Transitzentren

Im Herbst 2015 wurden – einmalig in Deutschland, nämlich in Bayern – zwei sog. Ankunfts- und Rückführungseinrichtungen (Bamberg und Ingolstadt/Manching) eingerichtet. Hier wurden Asylsuchende aus sicheren Herkunftsstaaten (insbesondere Westbalkanstaaten, später auch Senegal und Ghana) untergebracht. Ziel war es, vor Ort alle Kompetenzen zu bündeln, um möglichst schnell zu einem Ergebnis (angedacht waren wenige Wochen) im Asylverfahren zu kommen und dann die abgelehnten Asylsuchenden möglichst schnell in ihre Herkunftsländer abschieben zu können. Von vielen Seiten wurde Kritik an dieser Unterbringungsform laut, insbesondere von zivilgesellschaftlichen Akteuren, die hier Grundrechtsverletzungen (Zugang zu Schulen, Gesundheitsversorgung, Zugang von zivilgesellschaftlichen Akteuren) diagnostizierten. 2017 wurden die ARE in sog. Transitzentren umgewandelt und das Konzept weiter ausgebaut. Derzeit werden drei weitere Transitzentren aufgebaut. Hier werden Personen mit sog. schlechter Bleibeperspektive untergebracht. Auch hier ist das Ziel, die Asylverfahren möglichst schnell durchzuführen. Für die Bewohner\_innen der Transitzentren besteht Residenzpflicht für die gesamte Dauer des Verfahrens (nicht wie sonst max. sechs Monate).

## 5 Europäische Asylpolitik auf Basis der Menschenrechte

Die Themen Flucht und Europa können nicht losgelöst voneinander diskutiert werden. Europäische Gesetzgebungen und Entscheidungen beeinflussen ganz maßgeblich die Realität von Geflüchteten in Europa und in Bayern. Hierzu hat sich die bayerische Jugendarbeit bereits ausführlich positioniert. Die Forderungen aus dem Jahr 2015 haben auch weiterhin Bestand, deshalb wiederholen wir sie an dieser Stelle nochmals.<sup>5</sup>

- Wir fordern die Bekämpfung von Fluchtursachen zum Beispiel durch faire Handelsabkommen, Friedenspolitik, Unterstützung in Krisenzeiten und gute Entwicklungszusammenarbeit.
- Gemäß unseren Forderungen in „Willkommen in Bayern!? – Unsere Verantwortung für Asylsuchende und Flüchtlinge“<sup>6</sup> fordern wir eine grundlegende Neuausrichtung der Asylpolitik weg von einer Abwehrpolitik hin zu einer Willkommens- und Anerkennungskultur, die Möglichkeit einer gefahrfreien und legalen Einreise in die EU und die Reform von Dublin III. Es bedarf der Gewährleistung einer EU-einheitlichen Umsetzung des Asylrechts und einer uneingeschränkten Anwendung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems.
- Wir fordern die konsequente Umsetzung von europaweiten kinder- und jugendgerechten Standards zur Unterbringung von minderjährigen Flüchtlingen und grundsätzlichen Schutz von minderjährigen Flüchtenden in der EU.
- Wir brauchen dringend Richtlinien für Kinder und Jugendliche im Asylverfahren und die Anerkennung von kinderspezifischen Fluchtgründen, wie zum Beispiel Zwangsverheiratung, Zwangsrekrutierung als Kindersoldaten oder Kinderprostitution, im Rahmen und als Erweiterung des bestehenden Gemeinsamen Europäischen Asylsystems.

- Die EU muss sich beim Thema Flucht selbst ernst nehmen und Maßnahmen und Gesetze schaffen, die für eine langfristige Lösung und dauerhafte Sicherstellung einer funktionierenden Asyl- und Migrationspolitik in Europa sorgen. Die Verantwortung für globale Zusammenhänge über die EU-Grenzen hinaus darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, denn Flucht ist global und multikausal. Wirtschaftspolitische Entscheidungen müssen querschnittspolitische Effekte auf Menschen in Drittstaaten und Migration in den Blick nehmen. Hierfür müssen die EU-Mitgliedsstaaten Verantwortung übernehmen.

### Wir fordern einen Perspektivwechsel!

- Wir fordern eine deutsche und europäische Außenpolitik, die nicht auf Abgrenzung und Abschottung aufbaut, sondern ihre Werte auch nach außen trägt und gerade Schutzsuchenden gegenüber schützend auftritt.
- Wir fordern, das Augenmerk insbesondere auf die verletzlichsten Gruppen auf der Flucht zu richten und Schutzmaßnahmen für sie zu etablieren: Kinder, Frauen und Mädchen. Sie sind besonders schutzbedürftig, da sie auf der Flucht und in Europa besonderen Gefahren ausgesetzt werden. Sie werden u.a. verstärkt Opfer von Menschenhandel und Prostitution. Durch die europäische Politik und die Verweigerung, sichere Fluchtwege und legale Einreisemöglichkeiten zu schaffen, wird diesen Praktiken Vorschub geleistet.
- Die derzeitigen Vorschläge zu Dublin IV sind eine Karikatur einer Willkommens- und Anerkennungspolitik. Sie führen dazu, dass bereits überlastete Länder (etwa Griechenland und Italien) weiterhin überlastet werden und die Belastungen und Sanktionierungen weiterhin auf dem Rücken der Geflüchteten ausgetragen werden. Mit der Rückschiebung in Drittstaaten (auch außerhalb der EU), die angeblich sicher seien und ein faires Asylverfahren gewährleisten, jedoch ohne den Antrag in Europa überhaupt zu prüfen, schottet sich die EU noch mehr ab und entledigt sich ihrer Verantwortung.

<sup>5</sup> Vgl. Beschluss des 147. Hauptausschusses des BJR: Ein Europa der Zukunft, <https://www.bjr.de/service/beschluesse/details/positionspapier-zur-europaeischen-jugendpolitik-ein-europa-der-zukunft-60.html>

<sup>6</sup> Vgl. den Beschluss des 145. Hauptausschusses des BJR: Willkommen in Bayern!? – Unsere Verantwortung für Asylsuchende und Flüchtlinge, <https://www.bjr.de/service/beschluesse/details/willkommen-in-bayern-unsere-verantwortung-fuer-asylsuchende-und-fluechtlinge-75.html>

- Wir fordern ebenfalls, dass die EU keine Abkommen mit Ländern schließt, um die Asylverfahren „vor den Toren Europas“ zu verhandeln (z.B. Libyen oder Ägypten).
- Menschen auf der Flucht sind gezwungen, illegal Grenzen zu übertreten. Auch das Nutzen von Schleuser\_innen ist ein Ergebnis des Systems, solange es keine legalen Fluchtwege gibt. Deshalb fordern wir, dass Menschen auf der Flucht nicht kriminalisiert werden. Zuvorderst braucht es legale Einreisewege. Die Einrichtung regionaler Grenzschutzpolizei verschärft diese Situation.
- Asylpolitik wird zumeist als ein Teil der Sicherheitspolitik verhandelt. Wir sagen: Asylpolitik ist auch Jugendpolitik, denn es geht hier um die Rechte junger Menschen. Es geht u.a. um ihr Recht auf Sicherheit, Freizeit, Bildung. In diesem Sinne muss Asylpolitik als Jugendrechtspolitik verhandelt werden. Es geht um die Gewährleistung von Grundrechten.

## 6 Jedes Kind hat ein Recht auf Kindheit

### Wir fordern einen Perspektivwechsel!

Viele der jungen Geflüchteten, die in den letzten Jahren nach Deutschland gekommen sind, sind Kinder und Jugendliche.<sup>7</sup> Sie sind eine besonders schutzbedürftige Gruppe und haben speziell verbriefte Rechte u.a. auf Grundlage der Kinderrechtskonvention. Besonders viele von ihnen sind mit ihren Familien hier und sind in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Inzwischen wurden Standards zur kinder- und jugendgerechten Unterbringung erarbeitet.<sup>8</sup> Aber in vielen Unterkünften sind diese nach wie vor nicht umgesetzt. Es fehlt an Rückzugsmöglichkeiten, Räumen zum Spielen und Lernen, kleinen familiären Unterkünften, an sanitären Anlagen, die sich abschließen lassen, kurz an ausreichenden Schutzräumen für Kinder.

Der besondere Schutz, den Kinder brauchen, wird zu wenig beachtet.<sup>9</sup> Auch der Leistungsbezug für begleitete Kinder und Jugendliche bzw. ihrer Familien nach dem Jugendhilfegesetz (etwa frühe Hilfen zu Erziehung, Beratungsleistungen oder Erkennen von Kindeswohlgefährdung) ist gerade in Gemeinschaftsunterkünften kaum gegeben.<sup>10</sup>

- Wir fordern, den Fokus auf den Schutz von Kindern und die Wahrung ihrer verbrieften Kinderrechte, (insbesondere in Gemeinschaftsunterkünften), und eine verpflichtende Umsetzung der Mindeststandards zu legen. Jedes Kind hat das Recht Kind zu sein. Dazu braucht es u.a. Freiräume und Entwicklungsmöglichkeiten.
- Wir fordern die Anerkennung von kindspezifischen Fluchtgründen und die Anhörung von Kindern im Asylverfahren. Hierzu benötigt es speziell geschultes Personal und Übersetzer\_innen.
- Wir fordern eine bessere Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Gemeinschaftsunterkünften durch die Jugendhilfe und Jugendarbeit.

<sup>7</sup> Im Zeitraum von Januar bis November 2017 waren 44,8 Prozent der Asylantragsteller\_innen unter 18 Jahre alt. Vgl. [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-november-2017.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-november-2017.pdf?__blob=publicationFile) Für das Jahr 2016 lag der Prozentsatz bei 36,2 Prozent. Vgl. [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-dezember-2016.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-dezember-2016.pdf?__blob=publicationFile)

<sup>8</sup> Die Standards wurden unter Federführung des BMFSFJ und Unicef erarbeitet, vgl. Mindeststandards zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und Frauen in Flüchtlingsunterkünften <https://www.bmfsfj.de/blob/107848/5040664f4f627cac1f2be32f5e2ba3ab/schutzkonzept-mindeststandards-unterkuenfte-data.pdf>

<sup>9</sup> So steht es u.a. im Unicef-Bericht: In erster Linie Kinder. Flüchtlingskinder in Deutschland aus dem Jahr 2014, vgl. <https://www.unicef.de/blob/56282/fa13c2eefcd41dfca5d89d-44c72e72e3/fluechtlingskinder-in-deutschland-unicef-studie-2014-data.pdf> Dass sich an der hier dargestellten Situation nicht grundlegend etwas geändert hat, unterstreicht der Bericht „Factfinding zur Situation von Kindern und Jugendlichen in Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften“ des Bundesfachverbands unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und UNICEF. <https://www.unicef.de/blob/106516/d0912061605d9a839102bc34cfae0ba2/unicef-bumf-factfinding-fluechtlingskinder-2016-data.pdf>

<sup>10</sup> Vgl. Kindheit im Wartezustand. Studie zur Situation von Kindern und Jugendlichen in Flüchtlingsunterkünften in Deutschland. <https://www.unicef.de/blob/137704/053ab16048c3f443736c4047694cc5d1/studie-kindheit-im-wartezustand-data.pdf>, S. 54 ff.

## 7 Jeder Mensch hat das Recht auf Familie

### Wir fordern einen Perspektivwechsel!

Familie ist die primäre Sozialisationsinstanz und als solche gerade für junge Menschen in ihrer Entwicklung von großer Bedeutung. Der Schutz der Familie ist gesetzlich verbrieft (UN Menschenrechtskonvention, EU-Recht, Grundgesetz, Kinderrechtskonvention). Die Familie ist unersetzlich, man kann sie sich nach der Flucht im Aufnahmeland nicht wieder neu aufbauen.

Anerkannte Flüchtlinge haben zwar das Recht auf Familiennachzug, allerdings unter derzeit sehr schwierigen Bedingungen. Eltern dürfen ihre minderjährigen Kinder und den die Ehepartner\_in nachholen, nicht aber volljährig gewordene Kinder. Minderjährige dürfen lediglich die Eltern, nicht aber die (minderjährigen) Geschwister nachholen.

Mit der Verabschiedung des Asylpakets II und der Aussetzung des Familiennachzuges für subsidiär Schutzberechtigte nimmt die Zuerkennung des subsidiären Schutzstatus rapide zu. Dies empfinden wir als problematisch.

- Alle Menschen haben ein Recht auf Familie. Wir fordern, die Aussetzung des Familiennachzuges für subsidiär Schutzberechtigte aufzuheben. Wer in Deutschland bleibt, darf auch seine Familie nachholen.
- Der derzeitige Familiennachzug greift zu kurz. Es ist nicht zumutbar, wenn Eltern vor die Entscheidung gestellt werden, zu ihrem minderjährigen Kind zu ziehen und dabei weitere minderjährige Kinder zurücklassen müssen. Dies gefährdet das Kindeswohl. Wir fordern für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge das Recht, sowohl ihre Eltern als auch ihre Geschwister nachzuholen.
- Wir fordern, das Recht auf Familiennachzug (in Anlehnung an die Maßstäbe der Jugendarbeit) für Kinder und Geschwister bis ins 27. Lebensjahr auszuweiten.

## 8 Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung

### Wir fordern einen Perspektivwechsel!

Die Bildungschancen sind für Geflüchtete je nach Aufenthaltsstatus und Herkunftsland sehr verschieden. Das bedeutet auch, dass diese Vorrecht vor den individuellen Fähigkeiten, formalen und non-formalen Bildungsqualifikationen der betroffenen Personen haben. Dabei sind sie nicht die maßgeblichen Kriterien für Bildung und Bildungserfolg. Durch häufige Umverteilung oder Unterbringung in sog. ARE und Transitzentren ist für viele Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter der Zugang zu Schulen nicht gewährleistet. Auch die Versorgung mit Sprachkursen ist nicht in ausreichendem Maße gegeben und steht im Gegensatz zu den staatlichen Forderungen zum Spracherwerb. Einen Zugang zu Sprach- und Integrationskursen erhalten während des Asylverfahrens nur Geflüchtete mit sog. „guter Bleibeperspektive“. Die Nachfrage nach Deutschkursen ist aber hoch und wird in vielen Fällen von ehrenamtlichen Initiativen übernommen. Selbst wenn die deutsche Sprache in kurzer Frist erlernt wurde, stehen viele – auch junge – Geflüchtete vor großen Herausforderungen, denn häufig werden ihre im Herkunftsland erworbenen Kenntnisse nicht anerkannt, z.B. die Berufserfahrung oder das Studium.

- Bildung ist ein Grundrecht. Wir fordern den bedingungslosen Zugang zu Bildung für alle geflüchteten Menschen.
- Wir fordern, dass Zugänge geschaffen werden, damit jeder geflüchtete Mensch seinen Fähigkeiten entsprechend den Bildungsweg gehen kann. Diese müssen unabhängig sein von Aufenthaltsstatus und Herkunftsland. Um die Zugänge nutzen zu können, braucht es entsprechende Unterstützung, etwa in Form von spezifischen Deutschkursen, Lernbegleitungen, Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Kompetenzen (ggf. auch aus der non-formalen Bildung). Dazu gehört auch die Vereinheitlichung der Anerkennung der Bildungsabschlüsse zwischen den Bundesländern.
- Wir fordern ein Umdenken: weg vom Defizitdenken hin zum Unterstützen von Potentialen. Insbesondere junge Geflüchtete brauchen Unterstützung, wenn es um Bildungsvorhaben geht. Häufig wird in der Praxis hier zusätzlicher Druck aufgebaut und auch mal mit dem Entzug der Jugendhilfe gedroht, wenn die gesetzten Bildungsziele nicht erreicht werden. Hier braucht es eine Kehrtwende!
- Darüber hinaus fordern wir eine Ausweitung der 3+2-Regelung für alle Bildungsarten. Es muss für Asylsuchende Möglichkeiten geben, sich entsprechend ihrer Fähigkeiten zu bilden und darüber Sicherheit im Aufenthalt zu bekommen. Konkret bedeutet dies, dass ein Schulbesuch über den (qualifizierten) Hauptschulabschluss zur Mittleren Reife/zum Abitur ebenso wie ein Studium gleichwertig zu einer Ausbildung behandelt wird. Eine Duldung für die Dauer der schulischen Ausbildung und der beruflichen Ausbildung (auch an Hochschulen) muss gewährleistet werden. Junge Geflüchtete sind Menschen mit Ressourcen und Potentialen und diese sollten sie auch nutzen können, dazu müssen ihnen die entsprechenden Möglichkeiten gegeben werden.



## 9 Jeder Mensch hat das Recht auf Ausbildung und Arbeit

Der Gesetzgeber hat mit dem Bundesintegrationsgesetz eine konkrete Möglichkeit geschaffen, Geflüchteten über die sog. 3+2-Regelung den geduldeten Aufenthalt in Deutschland zu ermöglichen. Die Praxis sieht insbesondere in Bayern anders aus, hier hat sich die bayerische Jugendarbeit bereits klar positioniert. Die Ausländerbehörden erteilen in vielen Fällen keine Arbeitserlaubnis etwa für die Aufnahme der Ausbildung. Zudem gibt es die Situation, dass Asylsuchende während des Asylverfahrens bereits eine Ausbildung begonnen haben und mit Abschluss des Asylverfahrens nun plötzlich die Verpflichtung zur Ausreise vorliegt. Dies führt dazu, dass Geflüchtete aus der Ausbildung heraus abgeschoben werden.

Viele Menschen sind hier einer schwer nachvollziehbaren Behandlung ausgesetzt, denn wie die Entscheidung bzgl. Ausbildungserlaubnis aussieht, ist abhängig von den lokalen Ausländerbehörden, die verschieden entscheiden. Allerdings handeln die Ausländerbehörden hier nicht nur nach individuellen Einschätzungen, sondern auch aufgrund innenministerieller Aufforderungen, die eine spezifische, restriktive Auslegung der Bundesgesetzgebung auf bayerischer Ebene nahelegen.

Viele junge Geflüchtete haben sich als leistungsbereit gezeigt, die deutsche Sprache gelernt und einen Abschluss erworben. Gerade die Hoffnung auf eine Ausbildungsstelle war damit häufig verbunden. Die Verweigerung der Arbeits- bzw. Ausbildungsaufnahme bei vielen gleichaltrigen Geflüchteten – gerade auch solchen, die sich besonders engagiert haben – führt zu einer großen Verunsicherung unter den jungen Geflüchteten. Ihnen wird die Perspektive genommen und die Enttäuschung spüren wir in der Jugendhilfe und Jugendarbeit. Viele ziehen sich zunehmend zurück und sind schwerer zu erreichen und zu motivieren. Das behördliche Vorgehen stellt aus unserer Sicht ein großes Integrationshemmnis dar.

### Wir fordern einen Perspektivwechsel!

- Die Umsetzung der 3+2-Regelung in Bayern ermöglicht es jungen Menschen, eine Perspektive in diesem Land aufzubauen und Kompetenzen zu erwerben, die sie ggf. auch wieder mit ins Heimatland (im Sinne unserer globalen Verantwortung) tragen können. Insbesondere werden dadurch die Integrationsbemühungen von Geflüchteten, ehrenamtlichen Helfer\_innen und Wirtschaft honoriert. Wir fordern eine Ausbildungs- und Arbeitserlaubnis nach der 3+2-Regelung, unabhängig von sog. „Bleibeperspektive“. Gleichzeitig fordern wir die Rücknahme der innenministeriellen Aufforderungen, die diese Praxis verhindern.
- Wir fordern die Umsetzung der 3+2-Regelung für Personen aus sog. sicheren Herkunftsstaaten und solchen, die in ARE und Transitzentren wohnen, denn alle jungen Menschen brauchen eine Perspektive!
- Wir fordern einheitliche und gerechte Entscheidungshilfen für Ausländerbehörden, damit es nicht zu einer ungleichen Genehmigungspraxis kommt, und um die große Verunsicherung bei vielen Geflüchteten aufzuheben. Transparente Entscheidungen und eine einheitliche Praxis sind leichter zu erklären, umzusetzen und zu akzeptieren.

### 3+2 Regelung

Die 3+2-Regelung besagt, dass Geflüchtete für die Dauer der qualifizierten Ausbildung (also im Normalfall zwei oder drei Jahre) eine Duldung erhalten können und im Anschluss noch für weitere zwei Jahre im Beruf geduldet arbeiten können. Dies wird in § 60a des Aufenthaltsgesetzes begründet: Einer\_einem Ausländer\_in kann eine Duldung erteilt werden, wenn dringende humanitäre oder persönliche Gründe oder erhebliche öffentliche Interessen vorliegen. Die Berufsausbildung stellt einen dringenden persönlichen Grund dar. In Bayern wird diese Regelung allerdings sehr restriktiv ausgelegt. Der Halbsatz im § 60a des Aufenthaltsgesetzes, in dem es heißt, die Duldung sei zu erteilen, wenn „konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung nicht bevorstehen“, bildet hierfür die Grundlage. In Bayern werden „konkrete Maßnahmen“ sehr weit gefasst. Dies führt u.a. dazu, dass insbesondere jungen Geflüchteten, die z.B. Berufsintegrationsklassen besucht und in kürzester Zeit einen (qualifizierten) Hauptschulabschluss erworben haben, der Zugang zur Ausbildung verweigert wird, gerade wenn die Ausländerbehörde erwartet, dass das Asylverfahren negativ beschieden werden könnte (Stichwort: sog. schlechte Bleibeperspektive).

## 10 Jeder Mensch hat das Recht auf ein gesundes Leben

### Wir fordern einen Perspektivwechsel!

Das Recht auf ein gesundes Leben hat jeder Mensch. Nach wie vor haben Geflüchtete, solange sie sich im Asylverfahren befinden, nur Anspruch auf eine gesundheitliche Versorgung im Notfall. Viel zu häufig wird die Entscheidung darüber, ob es sich um einen Notfall handelt nicht von medizinisch ausgebildetem Fachpersonal getroffen.

Menschen mit Fluchterfahrung sind in einem überdurchschnittlichen Maße von psychischen Erkrankungen (insbesondere Traumata) betroffen. Die Bedarfe werden hier aber häufig nicht oder zu spät erkannt und es gibt nicht ausreichend Therapieplätze.

- Wir fordern den Zugang zum Gesundheitssystem in gleichberechtigter Art für alle Geflüchteten, unabhängig von Aufenthaltsstatus oder Staatsbürgerschaft.
- Wir fordern von Anfang an die Ausgabe von Gesundheitskarten an Geflüchtete wie es in Bremen, Hamburg und weiteren Bundesländern bereits üblich ist.
- Der Ausbau der psycho- und traumatherapeutischen Angebote muss gefördert werden und bedarfsdeckend zur Verfügung stehen. Nur durch die unterstützenden Angebote in dieser Hinsicht wird es für viele Geflüchtete möglich werden ein gesundes Leben zu führen. Dabei müssen auch Kosten für Übersetzer\_innen übernommen werden.

## 11 Jugendhilfe muss bedarfsorientiert sein

### Wir fordern einen Perspektivwechsel!

Junge Geflüchtete, insbesondere unbegleitete Minderjährige, haben Anspruch auf Leistungen der Jugendhilfe wie alle anderen jungen Menschen auch. Aus der Praxis wissen wir, dass Jugendhilfemaßnahmen mit dem Erreichen der Volljährigkeit sehr häufig eingestellt werden und Anträgen auf Weiterführung der Hilfen nur in Ausnahmefällen stattgegeben wird, zum großen Unverständnis der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, der Betreuer\_innen und weiteren Aktiven im Umfeld. Ebenso stehen die immer wieder aufkommenden Forderungen nach einer speziellen Form der Jugendhilfe für Geflüchtete im Gegensatz zu den Bedürfnissen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen selbst. Junge Geflüchtete sind zuerst junge Menschen. Für sie muss – wie für alle anderen auch – der Vorrang des Kindeswohles, die Ermittlung des konkreten Hilfebedarfs und die Einzelfallentscheidung gelten. Welche Lebensereignisse eine Person gemacht hat, muss dabei in die Entscheidungsfindung einfließen, sie zum pauschalen Grundargument gegen die gleichen Standards in der Jugendhilfe für Geflüchtete zu machen, ist falsch.

- Jugendhilfe muss an dem tatsächlichen Bedarf von jungen Menschen ansetzen und darf nicht nach Herkunfts- und Aufenthaltsstatus diskriminieren. Es darf keine Zwei-Klassen-Jugendhilfe geben!
- Wir fordern, dass die Jugendhilfe auch über das 18. Lebensjahr hinaus vollumfänglich gewährt wird, insofern dies für den jungen Menschen in seiner Entwicklung nötig ist.
- Solange ein Anspruch auf Jugendhilfeleistungen besteht, dürfen keine Abschiebungen erfolgen.

## 12 Jugendarbeit – Räume schaffen und gestalten

Jugendarbeit hat eine essentielle Rolle in der Lebensphase Jugend – unabhängig von der Herkunft der Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Diese Aufgabe auch gegenüber jungen Geflüchteten wahrzunehmen, dem hat sich die Jugendarbeit verschrieben. Junge Geflüchtete haben die gleichen Bedürfnisse wie alle Jugendlichen. Um der Aufgabe gerecht werden zu können, jungen Menschen mit Fluchterfahrung Freiräume zu eröffnen und auch im Sinne einer Anwaltschaft für diese Zielgruppe übernehmen zu können, braucht Jugendarbeit Unterstützung.

### Wir fordern einen Perspektivwechsel!

- Jugendarbeit kann junge Geflüchtete in der Lebensphase Jugend begleiten. Hierzu braucht es langfristige und nachhaltige Perspektiven und Ressourcen. Diese fordern wir ein.
- Bei jungen Geflüchteten spielen Beziehungs- und Elternarbeit eine sehr wichtige Rolle, insbesondere wenn auch geflüchtete Mädchen erreicht werden sollen. Hier braucht es zusätzliche Ressourcen (Personal- und Finanzmittel), die über einen Projektstatus hinausgehen. Die Themen Flucht und Integration und der Umgang mit einer vielfältigen Gesellschaft werden junge Menschen auch in Zukunft begleiten. Wenn hier jetzt angesetzt werden kann, heißt das für die Zukunft lernen und junge Menschen dabei unterstützen, aktive Bürger\_innen dieser Gesellschaft zu werden.
- Wir fordern, Integrationsleistungen von Geflüchteten anzuerkennen und bei der Entscheidung über den Aufenthalt zu berücksichtigen. Hierzu muss auch das Engagement in der Jugendarbeit, als Ehrenamtliche\_r, in der offenen Jugendarbeit, im Jugendverband etc. anerkannt werden.
- Wir fordern das Anerkennen der Bedeutung von Jugendarbeit in der Arbeit mit Geflüchteten. Jugendarbeit stärkt junge Menschen in ihrer Persönlichkeit, bietet ihnen Netzwerke, politische Bildung und alternative Perspektiven.
- Wir fordern außerdem die Gegenmodelle, die Jugendarbeit aufzeigt, anzuerkennen und in den politischen und medialen Diskurs mit aufzunehmen.

## 13 Willkommen in Verantwortung

### Wir fordern einen Perspektivwechsel!

Jeder Mensch hat ein Recht auf Teilhabe und Mitbestimmung. Jeder Mensch braucht Empowerment und die Möglichkeit, freie Entscheidungen treffen zu können. Nicht alle Menschen sind aber in gleichem Maße an demokratischen Willensbildungsprozessen beteiligt und können sich gleichermaßen in die Gesellschaft einbringen. Kinder und Jugendliche sind hier in vielen Bereichen gegenüber Erwachsenen benachteiligt, Geflüchtete sind in vielerlei Hinsicht gegenüber der Mehrheitsgesellschaft benachteiligt. Junge Geflüchtete haben es also in doppelter Hinsicht schwer, sich in gesellschaftliche Prozesse einzubringen. Wahlrecht besteht lediglich bei der Wahl von Migrationsbeiräten (18+), die ein beratendes Gremium darstellen. Ein umfassender Ansatz von Teilhabe geht aber weit über die Teilnahme an Wahlen hinaus. Gerade die Jugendarbeit bietet hier viele Möglichkeiten.

- Junge Geflüchtete dürfen nicht nur als Empfänger\_innen von Leistungen und Personen mit Defiziten wahrgenommen werden. Sie sind Akteure, die einen Beitrag zur hiesigen Gesellschaft leisten. Diesen Wechsel des Blickwinkels fordern wir ein!
- Politische Jugendbildung ist ein wichtiger Baustein für gleichberechtigte Teilhabe. Demokratie braucht Jugendpolitik: Politische Beteiligung muss man aber ausprobieren können. Deshalb fordern wir zum einen den Ausbau der Angebote und entsprechende Ausstattung mit Ressourcen. Gleichzeitig müssen neue Konzepte entwickelt werden, damit sich Zielgruppen, die bis jetzt von den Angeboten wenig erreicht werden, angesprochen fühlen. Dabei geht es u.a. um die Zielgruppe der jungen Geflüchteten. Wir fordern eine Öffnung der politischen Jugendbildung, um Teilhabe zu fördern. Gleichzeitig muss politische Jugendbildung ausgebaut werden. Hier braucht es ebenfalls neue Konzepte, um Zielgruppen anzusprechen, die bis jetzt wenig repräsentiert sind.
- Es braucht ein Zusammenspiel verschiedener Ebenen. Zuvorderst ist die Politik hier in der Verantwortung, aber Schulen und Jugendarbeit sowie weitere zivilgesellschaftliche Akteure müssen hier ebenfalls ihren Beitrag leisten. Wir fordern die Politik auf, diese Verantwortung wahrzunehmen und entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen.
- Des Weiteren fordern wir, dass die Beteiligungsmöglichkeiten auf vielen Ebenen transparent gemacht werden: sprachlich (leichte Sprache, deutsch, verschiedene Fremdsprachen) und örtlich, sodass die Informationen zugänglich gemacht werden und die Zielgruppen erreichen können. Eine bloße Information reicht ebenfalls nicht, es braucht Veranstaltungen, die die Möglichkeiten greifbar machen. Außerdem müssen die Informationen für die Zielgruppe relevant dargestellt werden. Sie müssen sich mit den Informationen identifizieren können und dürfen nicht auf Stereotypen basieren.

## Für ein Klima der Menschenfreundlichkeit

Wir fordern ein Klima der Menschenfreundlichkeit. Das bedeutet zuallererst die kompromisslose Anerkennung, dass Vielfalt in der deutschen Gesellschaft Realität ist. Gleichzeitig geht es darum, zu erkennen, dass genau in dieser Vielfalt eine große Stärke liegt. Eine Demokratie lebt von Aushandlungsprozessen. Wenn mehr beteiligte Stimmen einen Konsens erreichen, dann macht das eine Demokratie stärker (z.B. gegen anti-demokratische Bewegungen). Vielfalt trägt einen großen Wissensgewinn in sich und führt zu einer Profilschärfung. Ein Klima der Menschenfreundlichkeit bedeutet, auch anderen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft auf Augenhöhe zu begegnen. Für andere eintreten wird als Wert im Klima der Menschenfreundlichkeit gestärkt.

Die in diesem Papier formulierten Forderungen gehen einher mit einer Selbstverpflichtung. Jede\_r Einzelne\_r ist gefragt, sein\_ihr Handeln zu reflektieren und zu verändern, denn unsere Handlungen sind wirkmächtig.

In einer globalisierten Welt stehen wir mit unseren Handlungen und Entscheidungen auch immer in einem globalen Zusammenhang. Es ist wichtig, hier Ursache-Wirkung-Kausalitäten zu kennen und abzuwägen. Es gilt, das Leben so zu gestalten, dass es auch in Zukunft gut ist. Jede\_r Einzelne\_r ist hier in der Verantwortung. Das heißt, Flucht differenziert zu betrachten und differenziert darüber zu sprechen. Es heißt auch, zu unterscheiden welche Sachverhalte tatsächlich mit Flucht zu tun haben und welche nicht. Es heißt auch, Gegenrede halten und Haltung zeigen, wenn rassistische, diskriminierende, demokratiefeindliche, beleidigende Aussagen gemacht werden. Es heißt auch, die politischen Verantwortungsträger\_innen immer wieder auf ihre Verantwortung zu verpflichten. Es heißt auch, mit Entscheidungen, insbesondere bei demokratischen Wahlen und hinsichtlich des eigenen Konsumverhaltens, sich die globalen Zusammenhänge ins Bewusstsein zu rufen und entsprechend zu handeln.

Wir sind bereit, diese Verantwortung anzunehmen und eine positive Haltung einzunehmen. Das vorliegende Positionspapier ist ein wichtiger Schritt, diese gesellschaftliche Verantwortung umzusetzen.

## ❖ We demand a change in perspective!

Well before 2014, Bavarian youth work had been dealing intensively with the topic of migrants<sup>1</sup>, while advocating for their social inclusion.

We have gained a wealth of experience in many projects, in our work with youth organisations and youth initiatives, in open youth work as well as during relief activities in reception centres or in daily contact with young migrants and, as with all young people, we are committed to their needs. Young migrants are certainly actors in Bavarian youth work.

The reality we have experienced is in stark contrast to the public and political discourse on flight and asylum. That is why we demand politics and society to change their perspective.

We no longer want to talk about problems, but about challenges that need to be mastered and opportunities we can create. We don't want any more debates about whether we can afford a diverse society. It is a reality and must be recognized as such. Germany, and therefore also Bavaria, is and has long since been an immigration country in which it is important to shape this migration society so that it treats everyone fairly.

Words create realities. That is why we want to use the words that create the reality we want to live in. And fuel the courage to shape such reality. As long as government policies continue to produce figures of speech that are characterised by negative stereotypes and exclusion and create laws that are reflective of this attitude, society does not stand a chance of changing its speech. We want policies that are confident and create trust. Policies that put people first and do not talk exclusively about deficits, problems and demarcation.

A diverse society is complex. It is faced with a variety of challenges and questions. These challenges require answers – elaborate answers – otherwise the questions cannot be answered. Especially in recent years with the high influx of migrants, change processes have gathered momentum – initially alarming many people.

This is where government has a responsibility and a steering function. We need alternatives that will make all members of society feel represented and that help shape society in their interest. In this context, society is defined as the country's population, not just residents with German citizenship.

Our democracy is at stake. We demand policies that stand for a set of values that create solidarity rather than exclusion.

Every social entity must be judged by how it treats its most vulnerable members. That is why how we deal with migrants is such a crucial expression of the state of our democracy.

<sup>1</sup> The term migrants is used in this paper to describe a wide group of people. It includes asylum seekers, status-holders (e.g. refugees, subsidiary protection etc.), migrants (forced and voluntarily), undocumented people.

# 1 Make voluntary work possible – strengthen government responsibility

## We demand a change in perspective!

We have determined that politics and civil society must work together in the spirit of an open and inclusive society. Especially in voluntary work with migrants, we have observed that volunteers often reached their limits.

- We demand recognition of the fact that processes of social change take time as well as professional, long-term support and appropriate financial resources. We demand human resources sufficient to both provide assistance to civic efforts and to support migrants.
- We demand commensurate financial resources for support systems.
- We demand future-oriented policies, because government responsibility does not end when the alleged challenge can no longer be quantitatively proven.
- We emphasise: Voluntary work should only augment government tasks, and not be asked to take over such efforts.
- We demand politicians to use positive figures of speech. We must speak more of “us”, addressing the whole of society and not just a particular group of voters. This means demonstrating a positive attitude toward a society that recognizes diversity instead of an attitude of defiance towards something that has long since become reality.
- We demand a change in media reporting. We require more factual reports, less fearmongering. And this applies here, too: report positive events.

# 2 No discrimination based on origin

We observe with great concern that, due to their origin, some individuals are subjected to different conditions in terms of their access to asylum, residence and life in Germany. On the basis of their origin, asylum seekers are currently divided into those with “good prospects” and those with “poor prospects” of remaining in Germany. For asylum seekers from allegedly safe countries of origin, the so-called “default presumption” stipulates that they are not entitled to asylum, since the country of origin offers sufficient protection against political persecution.

This illustrates how words create realities, because these categories lead to discrimination. During the asylum proceedings, the default presumption stipulates that asylum seekers from safe countries of origin must prove that they are indeed subject to political persecution in their country or that the integrity of their lives was questioned. On the other hand, the government’s assessment is that this is precisely not the case. In addition, asylum seekers are required to reside in the reception centres until the end of their proceedings, if necessary until they leave the country, to remain in a defined area; they are not permitted to work, and in addition, there are shorter time limits on appeal proceedings and no suspensory effect of legal actions. Even if their mandatory departure is suspended despite rejection of their asylum application, i.e. a tolerance is granted, these individuals are still at a disadvantage. They continue to be banned from working, they are denied access to integration courses and are also not permitted to take part in the Federal Volunteers Service. Nevertheless, these persons are permitted to remain in Germany for an extended period of time. As described, for example, in the youth policy interjection of the state youth welfare committee, this leads to many problems. The BJR (Bavarian Youth Council) explicitly cautions against extending the list of safe countries of origin. Particular attention must be paid to Afghanistan. There is no agreement designating Afghanistan as a “safe country of origin”, but politically there is talk of “safe parts of the country”, thus increasing the pressure to actually deport refugees, despite an ever-worsening security situation. Bavarian youth work has taken a clear

stance on this topic. The discourse must not be extended to other countries, as recently happened with Syria, for example.

These predominantly young people are confronted with a lack of perspective and are subject to discrimination, which in our view is unjustifiable.

## We demand a change in perspective!

- We demand that the use of the terms “good prospects of remaining” and “bad prospects of remaining” be abandoned.
- We call for the classification of countries as “safe countries of origin” to be abandoned.
- We demand that the term “upper limit” no longer be used in connection with migrants
- We demand that the residence requirement (German: Wohnsitzauflage) be abolished.

### Information box<sup>2</sup>: Application for asylum for persons from so-called “safe countries of origin”.

Countries of origin currently considered safe: the Member States of the European Union, Albania, Bosnia and Herzegovina, Ghana, Kosovo, Macedonia, the former Yugoslav Republic, Montenegro, Senegal, and Serbia. This is contrary to the right of asylum as an individual right. This group of people is also structurally disadvantaged, as they are obliged to remain in the respective reception centre until the end of their asylum proceedings, and in the event of a negative outcome, until departure. Furthermore, the residence obligation does not expire after a certain period, as with other asylum seekers. In Bavaria, there is also the possibility of accommodation in separate arrival and return centres (ARE) or, since 2017, transit centres. Shorter deadlines apply to legal proceedings involving people from safe countries of origin, as applications are usually rejected as “manifestly unfounded”.

According to Article 37 (3) of the EU Asylum Procedures Directive, various sources of information, in particular information from other Member States, from the EASO<sup>3</sup>, the UNHCR<sup>4</sup>, the Council of Europe and other relevant international organizations is to be considered when assessing whether a country can be designated as a safe country of origin in accordance with this Article.

### Information box: Prospects of remaining

These terms, originally used by the Federal Office for Migration and Refugees (BAMF) in particular, are based on so-called protection quota. Persons from countries of origin with a protection quota (positive decision in asylum proceedings) of over 50 percent have what is known as “good prospects of remaining”. In countries of origin with a protection quota of less than 50 percent, the respective persons are awarded a status of “poor prospects of remaining”. Migrants originating from Eritrea, Iran, Iraq, Somalia, and Syria currently have “good prospects of remaining” (this list is revised every six months). Similar to the assessment of certain countries as “safe countries of origin”, origin is regarded as a decisive criterion here, but it is only one aspect of decisions made in asylum proceedings. Moreover, the use of these terms suggests that people with “poor prospects of remaining” will only be in Germany for a short period of time.

<sup>2</sup> At various points in the text, information boxes have been used to clarify and classify. They are exclusively explanatory and are not part of the resolution text.

<sup>3</sup> EASO stands for European Asylum Support Office, [www.easo.europa.eu](http://www.easo.europa.eu)

<sup>4</sup> UNHCR stands for United Nations High Commissioner of Refugees (Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen), UNHCR is the UN Refugee Agency.

## 3 Comparable asylum procedures

Depending on the country of origin, residence status and the municipality in which migrants are accommodated, there are different access barriers for the migrants. Young people with the same experiences as migrants may have very different results in the asylum procedure. This unequal treatment becomes particularly evident when family members fleeing to Germany for exactly the same reasons are confronted with different decisions in asylum proceedings.

It is particularly striking when the same law allows for different interpretations, when the protection status is broken down according to federal states (with the same countries of origin). BAMF as a Federal Office must ensure that the asylum procedures are comparable throughout Germany. Compared to the rest of Germany, Bavaria has lower protection quotas. This has resulted in an increasing number of legal actions when applications are rejected, and in many instances, these cases are successful.<sup>5</sup>

### We demand a change in perspective!

- We demand equal treatment of all asylum seekers. After they have been recognised, they may not be treated differently than other (foreign) residents.
- We demand reliability and traceability in the application of asylum law.
- We call for fair and comparable asylum procedures irrespective of where they are conducted.

- The legal basis offers the decision-makers in the asylum procedure a margin of discretion, which is also necessary with regard to individual case decisions. However, employees must be given appropriate training in order to be able to use it sensibly. We request a good working framework for the BAMF, including sufficiently qualified and permanent staff so that it can work autonomously to safeguard the basic right to seek asylum.
- We also demand intercultural sensitisation of decision-makers and further training regarding trauma.
- In order to make decisions in the asylum procedure comparable, we demand that two decision-makers participate in the asylum proceedings.
- We also call for independent consultation assistance for asylum seekers who will assume the task of preparation for their hearing and who are in attendance at the hearing.
- Philanthropy for human circumstances is particularly important when it comes to deportation. If deportations are carried out on the basis of the rule of law, then under full preservation of human rights. A deportation must take place with respect for the dignity of the individual. This includes, for example, announcing the deportation and giving the person affected the opportunity to make preparations. There must also be the possibility of saying goodbye. Re-traumatisation due to unannounced and forceful deportation must be avoided. Deportation must be accompanied and must not end with the arrival at the destination airport. Overall, concepts must be developed that allow for a genuine voluntary return with perspectives. We demand these amendments in deportation practice.

<sup>5</sup> In 2017, the number of legal actions increased fivefold in comparison to the reference period of the previous year; approximately 40 percent of the decisions in asylum proceedings resulted in a legal action. Currently, about one-fourth of the claimants win their case. Cf. <https://mediendienst-integration.de/artikel/Zahl-der-Asylklagen-deutlich-gestiegen-verwaltungsgerichte.html>

## 4 No arrival and return facilities (ARE) or transit centres

Mandatory residency in arrival and return facilities (ARE) or transit centres is required for the duration of the asylum procedure, based on the notion that it will only be a matter of a few weeks. Practice has shown, however, that this stay can drag out for months. In addition, the residents of the AREs and the transit centres have a residency obligation and are not permitted to take up work. Furthermore, the UN Convention on the Rights of the Child and compulsory education for children and young people are being undermined by these circumstances. Standards are generally lower in the AREs and largely inaccessible to civic organisations, cutting off residents e.g. from leisure activities offered by volunteers. Just living in such a place also leads to exclusion.

### We demand a change in perspective!

- We call for the abolition of arrival and return centres and transit centres.
- We demand equal standards for all asylum seekers, irrespective of the type of accommodation. The right to education and leisure needs to be guaranteed, as well as socio-pedagogical assistance and access to independent counselling.
- In addition, we ask that alternatives be developed. In our opinion, this means, among other things:
  - Making stays in large reception centres as short as possible and quickly redistributing individuals into small accommodations
  - Decentralizing accommodations as much as possible
  - Allowing asylum seekers to move to private quarters during the asylum procedure
  - No mandatory residence
  - Cash benefits instead of benefits in kind
  - Mandatory minimum standards for accommodation, especially with regard to compliance with the UN Convention on the Rights of the Child, i.e. sufficient spaces for leisure activities, for learning and playing, sufficient opportunities for retreat, sufficient separate and lockable washrooms, etc.

- Retention of separate accommodations for unaccompanied minors
- We request that civic organisations and youth work in particular be given access to AREs and transit centres until they are abolished.

#### Information box: Arrival and return facilities (ARE) or transit centres

In autumn 2015, two arrival and return facilities (Bamberg and Ingolstadt/Manching) were established in Germany – both in Bavaria, a novum. Asylum seekers from safe countries of origin (especially Western Balkan states, later also from Senegal and Ghana) were accommodated here. The goal was to pool all competencies in one location to achieve quick results in the asylum procedure (a few weeks were envisaged) and then to be able to deport the rejected asylum seekers to their countries of origin as quickly as possible. Many voiced concerns over this form of accommodation, especially civic organisations that predicted violations of fundamental rights (access to schools, health care, access by civic organisations). In 2017, the AREs were converted into accommodations known as transit centres and the concept was further expanded. Three additional transit centres are currently being constructed. People with so called “poor prospects of remaining” are accommodated in these centres. Once again, the aim is to complete the asylum procedure as quickly as possible. For the residents of the transit centres, residence is mandatory for the entire procedure (not the usual maximum of six months).

## 5 European asylum policy based on human rights

Migration politics cannot be discussed separately from European politics. European legislation and decisions have a major influence on the reality of migrants and refugees in Europe and Bavaria. To this end, Bavarian youth work has already described its position in detail. The demands from 2015 continue to be valid, which is why we are presenting them once again in this resolution.<sup>6</sup>

- We are calling for a fight against the root causes of migration, through initiatives such as equitable trade agreements, policies promoting peace, aid in times of crisis and strong cooperation in development initiatives.
- In line with our demands published in “Welcome to Bavaria!? – taking responsibility for asylum seekers and displaced persons” (“Willkommen in Bayern!? – unsere Verantwortung für Asylsuchende und Flüchtlinge”), we are calling for Europe to fundamentally reform its asylum policies, moving away from exclusion and towards a culture of welcome and recognition, with opportunities for safe, legal immigration into the EU and a reform of the Dublin III regulations. We are demanding uniform, EU-wide implementation of the right of asylum and unrestricted application of the Common European Asylum System. We are calling for consistent implementation of age-appropriate housing standards for migrant minors across Europe and basic protection for all displaced youth in the EU.
- We are making an urgent call for clear terms of reference for children and adolescents within the asylum system and the recognition of child-specific reasons for flight such as forced marriage, forced recruitment of child soldiers or child prostitutes as part of and in expansion of the existing Common European Asylum System.

The EU needs to get serious when it comes to migrants and create programmes and laws that will ensure a long-term solution and lasting security for an effective asylum and migration policy in Europe. We may not ignore our responsibility for global issues beyond EU borders, because refugee migration is global and multi-causal. Economic policy decisions must account for cross-sectional effects on third-world countries and take migration into consideration. Therefore, the Member States of the European Union must assume responsibility.

### We demand a change in perspective!

- We call for a German and European foreign policy that is not based on exclusion and isolation, but also promotes its values and demonstrates a protective stance toward those individuals seeking protection, in particular.
- We demand that special attention be given to the most vulnerable groups on the run, including children, women and girls, and that we establish protection measures for these persons. They are particularly vulnerable, as they are subjected to extraordinary dangers on their trek and in Europe. They are increasingly victims of human trafficking and prostitution, among other things. European policy and the refusal to create safe passageways and legal entry options encourages these practices.
- The current proposals in respect of Dublin IV make a mockery of the policy of welcome and recognition. This means that already overburdened countries (such as Greece and Italy) will continue to be overburdened and the burdens and sanctions will continue to be borne by the migrants and refugees. By sending migrants back to third countries (also outside the EU) that are supposedly safe and offer a fair asylum procedure, but failing to examine the application in Europe in general, the EU closes itself off even further, while discharging its responsibilities.

<sup>6</sup> Cf. resolution of the 147th main committee of the Bavarian Youth Council: A Europe of the future, <https://www.bjr.de/service/beschluesse/details/positionspapier-zur-europaeischen-jugendpolitik-ein-europa-der-zukunft-60.html>

- We also demand that the EU not conclude agreements with countries such as Libya and Egypt, thus negotiating asylum procedures “at the gates of Europe”.
- People on the run are oftentimes forced to cross borders illegally. The use of traffickers is also a result of the system, which still has no legal escape routes. Therefore, we demand that people on the run not be criminalised. First and foremost, legal entry routes are necessary. The establishment of regional border police exacerbates this situation.
- In most cases, asylum policy is negotiated as part of security policy. Our position is that migration/ asylum policy is also part of youth policy, as this is about the rights of young people. Among other things, this includes their right to security, leisure and education. Within this context, asylum policy must be negotiated as a children and youth rights policy. This is about ensuring fundamental rights.

## 6 Every child is entitled to a childhood

Many of the young refugees that have come to Germany in recent years are children and young people.<sup>7</sup> They are a particularly vulnerable group and have special legal rights based on the UN Convention on the Rights of Children, among other things. A considerable number of them are here with their families and are in shared accommodations. In the meantime, standards for the suitable accommodation of children and youths have been developed.<sup>8</sup> However, in many accommodations, these have not been implemented. There is a lack of space for retreat, to play and learn, a lack of small family accommodations and sanitary facilities that can be locked; in short, there are not enough sheltered spaces for children.

Too little attention is paid to the special protection that children require.<sup>9</sup> It is nearly impossible to provide services, especially in shared accommodations<sup>10</sup>, to accompanied children and young people and their families in accordance with the Youth Welfare Act (e.g. early assistance for early childhood education, counselling services or recognition of risks to the welfare of children).

### We demand a change in perspective!

- We demand the focus to be put on the protection of children and the safeguarding of children’s legal rights (in particular shared accommodations), and mandatory implementation of the minimum standards. Every child has the right to be a child. To this end, a child needs free spaces and scope for development.
- We demand the recognition of specific grounds for awarding children refugee status and that children be granted hearings in asylum procedures. This requires specially trained personnel and interpreters.
- We demand improved care for children and youths in shared accommodations through youth welfare and youth work.

<sup>7</sup> In the period from January to November 2017, 44.8 percent of asylum seekers were under 18 years of age. Cf. <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asylnovember-2017.pdf?blob=publicationFile> In 2016, the percentage was 36.2 percent. Cf. [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-dezember-2016.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/aktuelle-zahlen-zu-asyl-dezember-2016.pdf?__blob=publicationFile)

<sup>8</sup> The standards were established under the aegis of the Ministry for Family Affairs, Senior Citizens, Women and Youth (BMFSFJ) and UNICEF. Regarding minimum standards for the protection of children, youths and women in accommodations for refugees, see <https://www.bmfsfj.de/blob/107848/5040664f4f627-cac1f2be32f5e2ba3ab/schutz-konzept-mindeststandards-unterkuenfte-data.pdf>

<sup>9</sup> This is what it says in the UNICEF report inter alia: Children for the most part. Refugee children in Germany from 2014, cf. <https://www.unicef.de/blob/56282/fa13c2eefcd41dfca5d89d44c72e72e3/fluechtlingskinder-in-deutschland-unicef-studie-2014-data.pdf> The fact that there have been no fundamental changes in the situation described here is emphasised in the report “Fact-finding about the situation of children and youths in initial reception centres and temporary accommodations” of the Federal Professional Association for unaccompanied minor refugees and UNICEF” [„Factfinding zur Situation von Kindern und Jugendlichen in Erstaufnahmeeinrichtungen und Notunterkünften“ des Bundesfachverbands unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und UNICEF]. <https://www.unicef.de/blob/106516/d0912061605d9a839102bc34cfae0ba2/unicef-bumf-factfinding-fluechtlingskinder-2016-data.pdf>

<sup>10</sup> Cf. Childhood on hold. A study about the situation of children and youths in refugee accommodation centres in Germany. <https://www.unicef.de/blob/137704/053ab16048c3f443736c4047694cc5d1/studie-kindheit-im-wartezustand-data.pdf>, p. 54 et seqq.



## 7 Every person has a right to family

Family is the primary socialization instrument for young people and as such, of great importance in their development. Protection of the family is legally documented (UN Human Rights Convention, EU Policy, basic constitutional law, Convention on the Rights of the Child). The family is irreplaceable, you cannot rebuild it after fleeing to the host country. Recognised refugees have the right to family reunification, but under very difficult conditions at present. Parents may bring in their spouse and their underage children, not their grownup children however. Minors may only bring in their parents, but not their (minor) siblings.

With the adoption of the Asylum Package II and the suspension of family reunification for beneficiaries of subsidiary protection, subsidiary protection status is increasingly conferred. We find this problematic.

### We demand a change in perspective!

- Everyone has a right to family. We call for the suspension of family reunification to be lifted for individuals under subsidiary protection. Those who remain in Germany should also be able to have their family join them.
- Current rules on family reunion are insufficient. It is unacceptable for parents to be faced with the decision of moving to their underage child, and in doing so, being forced to leave behind other underage children. This endangers the welfare of the child. We demand the right for unaccompanied minors to bring their parents and their siblings to join them.
- We demand that the right for children and siblings to join their families (in accordance with the standards of youth work) be extended to the age of 27.

## 8 Every person has a right to education

### We demand a change in perspective!

Educational opportunities differ significantly for migrants depending on their residence status and country of origin. This also means that these criteria are given preferential treatment over the specific skills and formal and non-formal educational qualifications of the persons concerned. At the same time, these are not decisive criteria for education and educational success. Due to the frequent redistribution or accommodation in the AREs and transit centres, access to schools is not guaranteed for many children and young people of school age. In addition, language courses are inadequate, which runs counter to government requirements for language acquisition.

Only migrants with “good prospects of remaining” receive access to language and integration courses during the asylum procedure. However, demand for German courses is high and is largely met by voluntary initiatives. Even if they acquire German language skills in a short period of time, many migrants – including young ones – face great challenges, because oftentimes skills they acquired in their home country are not recognised, e.g. professional experience or studies.

- Education is a fundamental right. We call for unconditional access to education for all people who have fled.
- We call for access to education so that any refugee can pursue his or her educational path according to his or her abilities. This access to education must be provided regardless of their residency status and country of origin. Appropriate support is required, for example, in the form of specific German courses, learning assistance, recognition of educational achievements and skills (also from non-formal education where applicable). This also encompasses the harmonization of educational qualifications between different federal states in Germany.
- We demand a rethink: Do away with deficit thinking and embrace the support of potential. Young migrants in particular require assistance when it comes to educational programmes. In practice, officials often exert additional pressure and occasionally threaten to withdraw youth assistance programmes if formal education goals are not achieved. A U-turn is needed here!
- In addition, we request an extension of the 3+2 rule for all types of education. Asylum seekers need to be given the opportunity to receive education commensurate with their abilities and to thereby gain security regarding residence rights. Specifically, this means giving them assurance that a school education starting with a (qualified) lower secondary school leaving certificate that leads to the intermediate school leaving certificate/secondary school diploma (mittlere Reife/Abitur) is treated in the same way as university studies as professional training. Migrants must be ensured a tolerance status for the duration of the school and vocational education (also at universities). Young migrants have resources and potential, which they should be able to use, but they must be given the appropriate means.

## 9 Every person has the right to vocational training and work

With the Federal Integration Act, the legislature has created a concrete possibility to enable migrants to stay in Germany, under the tolerated status provided by the so-called 3+2 regulation. The reality looks different, particularly in Bavaria where Bavarian youth work has already clearly stated its position.<sup>11</sup> In many instances, immigration authorities do not issue work permits, which are for example required for starting vocational training. In addition, there is the situation where asylum seekers have commenced their training during the asylum procedure and then suddenly are presented with an order to leave the country upon completion of the asylum procedure. This leads to migrants being deported during their training.

Many people here are subjected to treatment that is incomprehensible because decisions regarding training permits depend on local immigration authorities, whose decisions often differ. However, the immigration authorities do not act solely based on their individual assessments, but also on requests from their interior ministers, who recommend a particularly restrictive interpretation of federal legislation at the Bavarian level.

Many young migrants have shown themselves willing to perform, have learned the German language and earned a degree. Their hopes to receive an apprenticeship in particular were often based on this. Denial of permits for commencement of work or training for many migrants of the same age – especially those who have shown particular commitment – leads to great uncertainty among these young migrants. They are robbed of their perspective and we feel their disappointment in youth welfare and youth work. Many are increasingly withdrawing and are harder to reach and motivate. In our view, agency behaviour constitutes a major impediment to integration.

### We demand a change in perspective!

- The implementation of the 3+2 regulation in Bavaria allows young people to create opportunities for themselves in this country and to acquire skills that they can possibly take back to their home country (in the spirit of our global responsibility). Most of all, it honours the integration efforts of migrants, volunteers and business. We demand a training and work permit in accordance with the 3+2 regulation, irrespective of so-called “prospects of remaining”. At the same time, we call for the withdrawal of petitions from the Ministry of the Interior to prevent this practice.
- We call for the implementation of the 3+2 regulation for persons from so-called safe countries of origin and those living in AREs and transit centres, because all young people need a prospects!
- We call for uniform and fair decision-making aids for immigration authorities, so that there is no unequal licensing practice and so that the great uncertainty among migrants can be lifted. Transparent decisions and uniform procedures are easier to explain, implement and accept.

#### Information box: 3+2 regulation

The 3+2 regulation states that migrants are tolerated for the duration of their vocational training (German: Ausbildung, i.e. normally two or three years) and can then work for a further two years in their profession. This is substantiated in Section 60a of the Residence Act: A foreigner may be granted tolerance in instances where there are urgent humanitarian or personal reasons or material public interests. Vocational training constitutes such an urgent personal reason. In Bavaria, however, this regulation is interpreted very restrictively. The half-sentence in Section 60a of the Residence Act forms the foundation for this and states that tolerance (in this case the suspension of deportation) is to be granted in instances where “concrete measures for the termination of residence are not imminent”. In Bavaria “concrete measures” are very broadly defined. This leads, for instance, to situations in which young migrants in particular, after attending occupational integration classes and completing a (qualified) lower secondary school leaving certificate in the shortest possible time, are then denied access to training, especially if the immigration authorities expect that the asylum procedure could have a negative outcome (key word: poor prospects of remaining).

<sup>11</sup> Cf. resolution of BJR: Training makes it possible! – All young people need perspectives: <https://www.bjr.de/ser-vice/beschluesse/details/ausbildung-erlaubt-alle-jungen-menschen-brauchen-perspektiven-1425.html>

## 10 Everyone has a right to a healthy life

Everyone has the right to a healthy life. As long as they are still involved in the asylum procedure, asylum seekers are only entitled to emergency healthcare. All too often, the decision as to whether an emergency is involved is not made by medically trained specialists.

Persons who have experienced fleeing are affected by an above-average degree of psychological illnesses (especially trauma). Their needs are oftentimes not, or recognized too late, and there is insufficient therapy capacity.

### We demand a change in perspective!

- We call for equal access to the health care system for all migrants, irrespective of their residence status or citizenship.
- We demand that migrants be given health-care cards from the beginning, as is common in Bremen, Hamburg and other federal states.
- The expansion of psychotherapy and trauma-therapy treatment should be funded and made available to meet the needs. Only through supportive services will it be possible for migrants to live a healthy life. In this context, costs for interpreters must also be covered.

## 11 Youth welfare must be needs-oriented

Young migrants, in particular unaccompanied minors, are entitled to youth welfare benefits just as all other young people. Based on practical experience, we know that youth assistance programmes are very often discontinued upon attainment of the age of majority, and requests for continuation of the assistance are only granted in exceptional cases, to the great consternation of the young people and young adults, the carers and other active people involved. At the same time, there are recurring demands for a special form of youth assistance for migrants that does not serve the needs of young people and young adults themselves. Young migrants are first and foremost young people. For them – as with everyone else – the child's welfare, determining specific need for assistance and a case-to-case decision must take priority. Whatever a person has experienced in his/her life must be taken into account in the decision-making process; it is wrong to turn them into a basic rejection of the same standards in youth assistance for migrants.

### We demand a change in perspective!

- Youth welfare must be based on the actual needs of young people and may not discriminate based on origin and residence status. There may not be a two-class youth-welfare system.
- We call for youth welfare to continue to be provided in full beyond the age of 18, insofar as this is necessary for the development of young people.
- As long as migrants are entitled to youth welfare benefits, they may not be deported.

## 12 Youth work – creating and designing spaces

### We demand a change in perspective!

Youth work plays an essential role during adolescence – irrespective of the origin of young people and young adults. Youth work has committed itself to fulfilling this duty, also towards young migrants. Young migrants have the same needs as all young people. In order to do justice to the task of providing opportunities to young people who have fled their countries and to be able to take on an advocacy role for them, youth work needs support.

- Youth work can accompany young migrants in the youth phase of life. In order to accomplish this, long-term and sustainable perspectives and resources are required. We request that they be provided.
- Assistance with interpersonal relationships and parental roles play a very important role for young migrants, especially in reaching young refugee girls. This requires additional resources (human and financial resources) that extend beyond the project phase. These young people will continue to be confronted with the issues of migration and integration and dealing with a diversified society. If this can be addressed now, it could prepare young people for the future and assist them in becoming active citizens of this society.
- We call for migrants' integration efforts to be recognised and to acknowledge such when deciding on their residence. To this end, their commitment in youth work, as a voluntary worker, in the community youth work, in youth associations and similar organisations must be taken into consideration.
- We call for the recognition of the importance of youth work in connection with migrants. Youth work strengthens the personality of young people, provides them with networks, political education, and alternative perspectives.
- We also demand recognition for alternative models discovered through youth work and that they be included in political and media discourse.

## 13 Welcome to responsibility

### We demand a change in perspective!

Everybody has a right to participation. Everyone needs empowerment and the opportunity to make free decisions. However, not all people are equally involved in the democratic decision-making processes and able to contribute equally to society. In many areas, children and youths are disadvantaged compared to their grownup counterparts; those that have fled are in many ways disadvantaged compared to the societal majority. Therefore, it is twice as hard for young migrants to integrate into social processes. The right to vote can only be exercised in electing migration councils (18+), which constitute an advisory council. A comprehensive approach to participation, however, goes far beyond the mere participation in elections. Youth work, in particular, offers many possibilities.

- Young migrants are not to be perceived solely as recipients of services and people with deficits. They are actors who contribute to our society. We demand this change of perspective!
- Political education is an essential building block for equal participation. Democracy requires the involvement of youth – however, it must be possible to try out political participation.<sup>12</sup> Accordingly, we ask that existing programmes be expanded and adequately funded. In the same vein, we need to develop new approaches, to attract target groups that have not yet been reached. This includes young migrants. We demand access to political education to promote participation of young people. At the same time, political education must be expanded. Here, too, new ideas are needed to address target groups that have so far been barely represented.
- This requires collaboration at different levels. First and foremost, government policy has a responsibility in this aspect, but schools and youth work, as well as other civic organisations must also make a contribution. We call on politicians to assume this responsibility and to create the relevant framework conditions.
- We also call for these opportunities for participation to be made transparent at many levels: linguistically (easy language, German and other foreign languages), and locally, so that information is made accessible and the target groups can be reached. Simply informing people is not enough; events should make the possibilities tangible. In addition, information must be suited to the target group. Target groups must be able to identify with the information and must not be based on stereotypes.

<sup>12</sup> Cf. resolution of BJR: We have something to say. Democracy needs youth politics <https://www.bjr.de/service/be-schluesse/details/wir-haben-was-zu-sagen-demokratie-braucht-jugendpolitik-1864.html>

## For a change in perspective towards philanthropy in migration policies

We demand a human-centred view on migration policy. First and foremost, this requires uncompromising realisation that diversity is a reality in society. At the same time, it is important to recognize that this very diversity is a great strength. A democracy benefits from negotiation processes. When an increasing number of voices participate to reach a consensus, it makes a democracy stronger (e.g. against anti-democratic movements). Diversity generates large gains in knowledge and leads to a raised profile of society. In a society that is philanthropic people interact on eye level, regardless of their origin. Standing up for others is reinforced as a value.

The demands formulated in this paper are accompanied by a voluntary commitment. Each individual is asked to reflect and change his or her actions because our actions are efficacious.

In a globalised world, our actions and decisions are always made in a global context. It is important to recognize and weigh cause-and-effect causalities. It is important to shape life in such a way that it is also good in the future. Each and everyone has a responsibility here. This means viewing emigration in a differentiated manner and talking about it in a differentiated way. It also means differentiating which facts are ultimately correlated with migrants and which ones are not. It also means to disagree and speak out against racist, discriminatory and anti-democratic, insulting statements. It also means to remind the responsible political parties again and again of their responsibility. It also means making decisions, especially when it comes to democratic elections and with regard to our own consumer behaviour, to remain aware of global interrelationships and to act accordingly.

We are prepared to take on this responsibility and to adopt a positive attitude. This position paper is an important first step towards taking action on this responsibility.

## Impressum

### Herausgeber

Bayerischer Jugendring K.d.ö.R.  
vertreten durch den Präsidenten  
Matthias Fack

### Anschrift

Herzog-Heinrich-Straße 7  
80336 München  
Fon: 089/5 14 58-0  
info@bjr.de  
www.bjr.de

### Redaktion

Manina Ott, Lea Sedlmayr

### Layout

Mellon Design GmbH, Augsburg

### Druck

Senser Druck GmbH, Augsburg

### Titelbild

© Rawpixel.com – Fotolia.com

### Stand

Juni 2018  
verabschiedet von der 152. Vollversammlung,  
16. bis 18. März 2018, Babenhausen

Artikel-Nr.: 2018-0621-000

Bayerischer Jugendring  
Körperschaft des öffentlichen Rechts

Herzog-Heinrich-Straße 7  
80336 München

tel 089/51458-0  
fax 089/51458-88  
info@bjr.de  
www.bjr.de



*Bayerischer  
Jugendring*